



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Pressemitteilung:

Digital-Banken brauchen strikte Aufsicht und einheitliche Vorgaben aus Brüssel

Jüngsten Recherchen von Süddeutscher Zeitung und NDR zufolge haben mutmaßliche Kriminelle in mehreren Hundert Fällen Konten bei der Smartphone-Bank N26 eröffnet, um offenbar Geld aus dem Geschäft mit betrügerischen Online-Shops zu waschen. Die Vorkommnisse ordnen sich in eine Reihe von Problemen mit der Digital-Bank ein. Die BaFin prüft die Vorgänge bereits. Es braucht entschlossenes politisches Vorgehen, um den Schwachstellen schnell wachsender FinTechs im Bankenbereich zu begegnen.

Berlin. Die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete und Finanzexpertin Sarah Ryglewski fordert einen entschlossenen Umgang mit schnell wachsenden FinTechs und Digital-Banken. Außerdem brauche es einheitliche Europäische Regelungen, um den bisherigen Problemen vor allem im Bereich des Identitäts-Diebstahls zu begegnen.

Als die Digital-Bank 2016 ihre Bank-Lizenz erhält, hat sie gerade mal etwas mehr als 100.000 Kunden. Drei Jahre später sind es bereits über 2 Millionen. Mit einem Unternehmenswert von 2,3 Milliarden Euro ist das ehemalige Start-Up-Unternehmen das wertvollste deutsche FinTech. Sarah Ryglewski ist Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und ist zuständig für den finanziellen Verbraucherschutz. Im schnellen Wachstum sieht sie die Grundlage für viele Probleme bei der N26: „Bei neu gegründeten Instituten besteht immer die Gefahr, dass sie ihre Strukturen nicht ans Wachstum anpassen können. Das wissen auch Kriminelle.“ So können FinTechs insbesondere durch schnelles Wachstum ins Visier von Betrügern geraten. „Hierfür müssen wir aus Aufsichts-Perspektive sensibilisiert sein und die BaFin entsprechend ausstatten“, so Ryglewski weiter. Noch sei allerdings nicht klar, zu welchem Ergebnis die BaFin letztlich kommen werde.

Offenbar habe die N26-Bank aber besondere organisatorische Pflichten nicht beachtet. Sarah Ryglewski (SPD) sieht die Bank dabei selbst in der Verantwortung und wirft ihr Versäumnisse vor: „Der § 25a des Kreditwesengesetzes definiert besondere Ansprüche an die Geschäftsorganisation von Banken. Dazu gehört es, Kernprozesse nicht so auszulagern, dass der Geschäftsführung der Zugriff auf diese Vorgänge entgeht, etwa beim Kundenservice.“ Kunden, denen Identitätsmissbrauch aufgefallen war, oder andere Banken, die verdächtige Vorgänge in Verbindung mit der N26 bemerkten, erreichten bei der Digital-Bank jedoch niemanden, den sie darauf hätten aufmerksam machen können. „Das finde ich grob fahrlässig“, so Ryglewski.



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Die Probleme der Bank betreffen neben der Nicht-Erreichbarkeit für Kunden und andere Institute außerdem eine Häufung von Kontodiebstählen sowie Schwachstellen in der N26-Programmierschnittstelle.

Aus dieser Gemengelage heraus stelle sich die Frage, so die SPD-Bundestagsabgeordnete, ob die BaFin als zuständige Aufsichtsbehörde das Wachstum von FinTechs und Digital-Banken nicht engmaschiger begleiten müsse. „Wenn sich herausstellt, dass schnell wachsende digitale Finanzunternehmen die Aufsicht vor besondere Herausforderungen stellt, dann müssen wir politisch darauf reagieren“, so Ryglewski.

Einen Teil der Probleme habe seinen Ursprung aber nicht bei der N26-Bank und ließe sich auch durch eine engmaschigere deutsche Aufsicht nicht lösen, sondern resultiere aus einer unzureichenden Harmonisierung auf dem Europäischen Markt: „Es gibt europäische Rahmenregelungen in der Geldwäscherichtlinie. Diese sind nicht hinreichend harmonisiert und lassen zu, dass sich die N26 über die Niederlande eines Foto-Ident-Verfahrens bedienen kann, während das in Deutschland nicht erlaubt ist. Und dass eine deutsche Bank sich dieser Verfahren in den Niederlanden und manch anderen europäischen Ländern bedienen darf, muss man politisch auf europäischer Ebene angehen. Schließlich sind die Schwachstellen dieses Identifizierungsverfahren hinlänglich bekannt.“

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD darauf geeinigt, attraktive Rahmenbedingungen für FinTechs herzustellen, dabei aber die Lehren aus der Finanzkrise zu beherzigen. Für die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Sarah Ryglewski, steht der Verbraucherschutz aber an erster Stelle: „Die Kundinnen und Kunden von Digital-Banken brauchen Vertrauen in die neuen Akteure, damit Deutschland zu dem Markt für Start-Ups im FinTech-Bereich wird, den wir uns wünschen. „Hip zu sein“ alleine reicht nicht. Ohne ausreichende Regulierung entstehen schnell Probleme, die das Gegenteil von Vertrauen schaffen. Auf diese Weise wird der Ruf eines Marktes geschädigt, der in Deutschland gerade erst in Fahrt kommt. Daran kann hierzulande niemand ein ernsthaftes Interesse haben.“ „Eine effektive Beaufsichtigung sowie eine einheitliche europäische Gesetzgebung in diesem Bereich, die technologieoffen ist, seien daher im Interesse aller Beteiligten, so die SPD-Finanzexpertin.“